



## Im Fokus

### Neue Herausforderungen für die internationale Sicherheit

#### Akademischer Rat für das System der Vereinten Nationen tagt erstmals in Wien

Regierungen, Internationale Organisationen und Bürger/innen werden zunehmend mit neuen Formen des Terrorismus, der wachsenden internationalen Kriminalität, den Auswirkungen der Umweltverschlechterungen auf die Sicherheit, der Instabilität des internationalen Finanzsystems, dem unregulierten Handel mit Handfeuerwaffen und nuklearer Technologie und der Entstehung „gescheiterter Staaten“ konfrontiert. Gängige Sicherheitsparadigmen sind diesen neuen Herausforderungen nicht immer gewachsen und erfordern eine neue, innovative Auseinandersetzung mit Sicherheitskonzepten, die über traditionelle Modelle hinausgehen.

Mit diesen Themen befasste sich die Jahrestagung des Akademischen Rates für das System der Vereinten Nationen (ACUNS), die vom 3. – 5. Juni 2010 erstmals in Wien stattfand. Zu den Veranstaltungen an der Universität Wien, im Parlament und im Internationalen Zentrum Wien kamen mehr als 300 Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis. ACUNS führt Forschungseinrichtungen aber auch einzelne Experten von Universitäten und internationalen Organisationen zusammen, um Forschung und Dialog über das System der Vereinten Nationen zu vertiefen. 1987 am Dartmouth College (USA) gegründet, übersiedelte ACUNS 2003 an die Wilfrid Laurier Universität in Waterloo, Kanada.

Den Eröffnungsvortrag im Großen Festsaal der Wiener Universität hielt der slowenische Staatspräsident Dr. Danilo Türk (ehemaliger Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen für politische Angelegenheiten) zum Thema „Neue Sicherheitsherausforderungen“. Davor sprachen der Rektor der Wiener Universität, Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler; UNIDO-Generaldirektor Kandeh Yumkella, und ACUNS-Vorsitzender Univ.-Prof. Dr. Christer Jönsson.

#### Plenardiskussionen in Parlament und Juridicum

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer begrüßte die Teilnehmer am 4. Juni im Großen Sitzungssaal des Parlaments, wo zunächst eine Plenardiskussion zum Thema „Eine Agenda für Menschenrechte“ stattfand. Zu den Podiumsrednern zählten die frühere irische Staatspräsidentin und UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson; der Berichterstatter für Kinder der inter-amerikanischen Menschenrechtskommission, Paulo Sergio Pinheiro; der frühere Generalsekretär der Arabischen Organisation für Menschenrechte, Saad Eddin Ibrahim; und der österreichische UNO-Sonderberichterstatter für Folter, Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak (Gesprächsleitung: Bertrand Ramcharan, ehemaliger stellvertretender UNO-Hochkommissar für Menschenrechte).

Die zweite Plenardiskussion, ebenfalls im Parlament, befasste sich mit dem Thema „Die UNO unter Feuer“. Podiumsredner waren der ehemalige algerische Außenminister und Sonderberater des UNO-Generalsekretärs, Botschafter Lakhdar Brahimi; der ehemalige Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für humanitäre Angelegenheiten und Direktor des Norwegischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, Jan Egeland; der Vizepräsident des Salzburger Seminars und ehemalige Kommunikationsdirektor der Vereinten Nationen, Edward Mortimer; sowie der Vizepräsident des Zentrums für Konfliktanalyse und Konfliktprävention, Amerikanisches Institut für den Frieden, Abiodun Williams (Gesprächsleitung: David Dudge, Direktor des Internationalen Presse-Instituts).

Die dritte Plenardiskussion fand am 5. Juni im Wiener Juridicum zum Thema: „Die Weiterverbreitung von nuklearen Waffen und Kleinwaffen“ statt und brachte Beiträge von Dr. Hans Blix, ehemaliger Generalsekretär der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO); Ramesh Thakur, ehemaliger Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen; Dr. Tibor Toth, Exekutivsekretär der Vorbereitungskommission für

die Organisation des Umfassenden Atomtestverbotsvertrags (CTBTO); und Sara Masters, Internationales Aktionsnetzwerk für Kleinwaffen (Gesprächsleitung: Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner, Österreichisches Institut für Internationale Politik). Die ehemalige Generaldirektorin des Wiener UNO-Büros, Dame Margaret Anstee, sprach in einem John Holms Memorial-Vortrag über den „Preis der Sicherheit“.

### 39 Arbeitskreise in der UNO-City und im Juridicum

Neben den Plenarveranstaltungen fanden im Internationalen Zentrum Wien (4. Juni) und im Juridicum (5. Juni) insgesamt 39 Arbeitskreise statt. Die Themen reichten von der Rolle Österreichs in den Vereinten Nationen, der kulturellen Vielfalt, der Schutzverantwortung, den Maßnahmen gegen Terrorismus und der Rolle der Medien bis zur Rechtmäßigkeit und Rechenschaftspflicht der UNO, Fragen der Korruption und der Friedenssicherung, Sicherheit der Geschlechter, Umwelt und Sicherheit, Regierungsform und Sicherheitsfragen in Südasien, ostasiatische Perspektiven der menschlichen Sicherheit, Energiesicherheit, die USA und die Sicherheit, Perspektiven der Friedensschaffung, Herausforderungen und Chancen der Abrüstungseinrichtungen, dem Wandel der Sicherheitskonzepte, der Frage der Sicherheit in den internationalen Beziehungen, den regionalen Sicherheitsperspektiven in den Vereinten Nationen, dem Unterricht über internationale Organisationen, den Sondergerichtshöfen nach Konflikten, Fragen der Migration und der Sicherheit, der Rolle und Verantwortung internationaler Institutionen, der Sicherheit im Weltraum, der Finanzkrise und der internationalen Kontrolle sowie den Menschenrechten.

### Nebenveranstaltungen

Die Anwesenheit zahlreicher internationaler Spitzenexperten nahmen verschiedene Organisationen zum Anlass interessante Nebenveranstaltungen und Vorträge zur organisieren. So sprach der ehemalige IAEO-Chef Hans Blix am 1. Juni im Bruno-Kreisky-Forum über „Möglichkeiten der Verhinderung der nuklearen Weiterverbreitung“. Der UNO-Sonderbeauftragte Lakhdar Brahimi ging am 2. Juni in der Wiener Diplomatischen Akademie auf „Afghanistan und sein regionales Umfeld“ ein. Dame Margaret Anstee erinnerte schließlich am 7. Juni auf Einladung des Renner-Instituts an „Die endlose Geschichte der UNO-Reform“.

Am 4. Juni wurde in der Eingangshalle des Internationalen Zentrums Wien die Ausstellung „The Art of Peacemaking“ eröffnet, in deren Zentrum eine von den kanadischen Künstlern Sandra Bromley und Wallis Kendal gestaltete, begehbare Riesenskulptur aus gebrauchten Waffen aller Art errichtet wurde.

### Mitwirkung der ÖGAVN

Die Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) hat die Durchführung der ACUNS-Tagung in Wien auf vielfältige Weise unterstützt:

Am 2. Juni fand eine Pressekonferenz mit dem ehemaligen IAEO-Generaldirektor Dr. Hans Blix und ACUNS-Exekutivdirektorin Prof. Dr. Patricia Goff zur Einführung in die Tagung in den Clubräumen der ÖGAVN statt. Am 3. Juni wurden Vertreter anderer nationaler UNO-Gesellschaften, die an der Tagung teilnahmen, zu einem informellen Treffen und Gedankenaustausch in den Club der ÖGAVN eingeladen.

Mehr als 30 Mitglieder und Mitarbeiter des Akademischen Forums für Außenpolitik, der unabhängigen Jugend- und Studierendenorganisation der ÖGAVN, unterstützten das ACUNS-Sekretariat bei der Registrierung der Teilnehmer und auf vielfältige andere Weise.

ÖGAVN-Vizepräsident Bundesminister a.D. Dr. Peter Jankowitsch leitete den Arbeitskreis über „Weltraumsicherheit“. ÖGAVN-Vorstandsmitglied Botschafterin i.R. Dr. Eva Nowotny (Präsidentin der Österreichischen UNESCO-Kommission) sprach im Arbeitskreis über „Kulturelle Vielfalt und die Vereinten Nationen“. ÖGAVN-Vorstandsmitglied Dr. Axel Wüstenhagen verfasste die Presstexte und leitete den Arbeitskreis über „UNO und Medien“.

Das Sekretariat der ÖGAVN half beim Druck des Konferenzprogramms sowie der Zusammenstellung der Konferenzmappen und lud die Teilnehmer am 5. Juni zu einem abschließenden kleinen Empfang im Juridicum ein. ACUNS-Präsident Univ.-Prof. Christer Jönsson, ACUNS-Exekutivdirektorin Prof. Dr. Patricia Goff und der ACUNS-Vertreter in Österreich und Hauptorganisator der Tagung, Dr. Michael Platzer, sprachen der Gesellschaft dafür besonderen Dank und Anerkennung aus.

*(Interessenten können die Vorträge der Eröffnungsveranstaltung sowie der drei Plenardiskussionen im Internet unter [http://videlectures.net/acuns2010\\_annual\\_meeting\\_vienna/](http://videlectures.net/acuns2010_annual_meeting_vienna/) sehen.)*

## UNO Highlights

### Generalversammlung wählt 14 Länder in den UNO-Menschenrechtsrat

Am 13. Mai wählte die Generalversammlung folgende 14 Länder für eine dreijährige Amtszeit in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen: Angola, Libyen, Mauretanien und Uganda (Afrika), Katar, Malaysia, die Malediven und Thailand (Asien), Ekuador und Guatemala (Lateinamerika und die Karibik), Polen und die Republik Moldau (osteuropäische Länder), sowie Spanien und die Schweiz (Westeuropa).

### Ende der UNO-Mission im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik

Der Sicherheitsrat hat am 15. Mai einstimmig die Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen im Tschad und in der Zentralafrikanischen Union (MINURCAT) beendet. In einem ersten Schritt soll bis 15. Juli rund ein Drittel der UNO-Soldaten abgezogen werden. Die verbleibenden Truppen sollen die Region bis 31. Dezember verlassen. Der Tschad wird die volle Verantwortung für den Schutz der Zivilbevölkerung übernehmen. Die Mission war vor mehr als zwei Jahren nach dem Ausbruch von Unruhen im östlichen Tschad eingesetzt worden, wo mehr als 250.000 Flüchtlinge aus der benachbarten Dafur-Region des Sudan und 180.000 Binnenvertriebene der Stammeskonflikte Zuflucht gesucht hatten. Auch im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik war es zu gewalttätigen Unruhen gekommen.

Nach neuen Vorkehrungen für die Sicherung der Grenze zwischen dem Tschad und dem Sudan hatte die Regierung des Tschad erklärt, dass die MINURCAT nicht stark genug sei, um die vollständige Sicherheit in der Region zu gewährleisten und die Übernahme der Kontrolle durch eigene Militäreinheiten gefordert. Das neue Mandat erlaubt nunmehr der zivilen Komponente der MINURCAT, für die Konsolidierung der Hilfsmaßnahmen für die Zivilbevölkerung zu sorgen, bei der Verlegung der an der Grenze zwischen dem Tschad und Sudan liegenden Flüchtlingslager zu helfen und die lokalen Behörden bei auftretenden Gefahren für die humanitäre Hilfe zu beraten.

### Erfolgreicher Abschluss der NPT-Überprüfungskonferenz

Am 28. Mai endete die jüngste Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages (NPT) in New York mit der Zusage der fünf Atomkräfte des Vertrages, ihre nuklearen Waffenarsenale weiter abzubauen. Das Abschlussdokument der alle fünf Jahre stattfindenden Konferenz forderte

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon auf, 2012 eine Konferenz über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten einzuberufen, an der alle Staaten der Region teilnehmen sollen. Das Dokument bekräftigt besonders die Bedeutung eines Beitritts Israels zum Atomwaffensperrvertrag und die Unterstellung seiner nuklearen Einrichtungen unter die Sicherheitskontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation. Israel, das bisher den Besitz von Atomwaffen nicht zugegeben hat, sowie Indien und Pakistan, die sich zu ihrem Nuklearwaffenarsenal offen bekannt haben, gehören dem Vertrag nicht an. Die Demokratische Volksrepublik Korea ist 2003 aus dem Vertrag ausgetreten.

### UNO-Friedenstruppe im Kongo wird Stabilisierungsmission

Der Sicherheitsrat hat am 28. Mai das Mandat der UNO-Friedenstruppe in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) verlängert und ihre Umwandlung in eine Stabilisierungsmission beschlossen. Gleichzeitig verfügte der Rat den Abzug von 2.000 UNO-Soldaten aus Gebieten, in denen sich die Sicherheit entsprechend verbessert hat. Neben den erforderlichen zivilen Einheiten soll die neue Mission maximal 19.815 Soldaten, 760 Militärbeobachter, 391 Polizisten und 1.050 Mann in den neu gebildeten Polizeieinheiten umfassen. Die militärischen Kräfte sollen im Osten des Landes konzentriert werden. Die kongolesische Regierung hat den vollständigen Abzug der UNO-Truppen bis 31. August 2011 vorgeschlagen.

### Sicherheits- und Menschenrechtsrat fordern Untersuchung des Gazakonvoi-Zwischenfalls

Der Sicherheitsrat hat am 1. Juni in einer Erklärung seines Präsidenten alle Akte verurteilt, die zum Tod von mindestens 10 Zivilpersonen bei der Aufbringung eines Schiffes des Hilfskonvois für den Gazastreifen durch israelische Militäreinheiten geführt hat, und die unverzügliche, unparteiische und transparente Untersuchung dieses Vorfalls verlangt. Dutzende weitere Personen waren bei dem Zwischenfall, der sich in internationalen Gewässern vor der Küste des Gazastreifens ereignet hatte, verletzt worden.

Der aus sechs Schiffen bestehende Hilfskonvoi wollte Medikamente und Baumaterial für die palästinensische Zivilbevölkerung in den durch eine israelische Blockade von der Außenwelt abgeschnittenen Gazastreifen bringen. An Bord der Schiffe befanden sich mehrere Hundert Aktivisten

aus verschiedenen Ländern. Die Lage im Gazastreifen sei unhaltbar, heißt es in der Erklärung weiter, die mit großer Besorgnis auf die humanitäre Lage in dem Gebiet verwies und neuerlich den ungehinderten Verkehr von Gütern und Menschen verlangte. Der israelisch-palästinensische Konflikt könne nur durch eine Verhandlungslösung zwischen beiden Parteien beigelegt werden, sagte der Ratspräsident. Nur eine Zwei-Staaten-Lösung, bei der ein unabhängiger und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel und seinen anderen Nachbarn lebe, könne der Region Frieden bringen.

Am 2. Juni verurteilte auch der UNO-Menschenrechtsrat in Genf das israelische Vorgehen gegen den Hilfskonvoi. Der Rat sprach sich mit 32 gegen 3 Stimmen (Italien, Niederlande, USA) bei neun Enthaltungen für die Entsendung einer unabhängigen, internationalen Untersuchungskommission aus und forderte Israel auf, die Blockade gegen den Gazastreifen unverzüglich aufzuheben. Israel hatte die Blockade als Sicherheitsmaßnahme verhängt, nachdem die Hamas, die Israels Existenzrecht nicht anerkennt, die Fatah-Bewegung 2007 aus dem Gazastreifen verdrängt hatte.

### **Weitere Sanktionen gegen den Iran**

Der Sicherheitsrat hat am 9. Juni zum vierten Mal seine Sanktionen gegen den Iran erweitert und das Land neuerlich aufgefordert, seine Urananreicherungstätigkeit einzustellen und die offenen Fragen über sein Atomprogramm friedlich zu lösen. Für den Beschluss stimmten 12 Ratsmitglieder (darunter auch Österreich); Brasilien und die Türkei stimmten dagegen, der Libanon enthielt sich der Stimme. Die Resolution verwies auf die Gefahren der nuklearen Weiterverbreitung und die nach wie vor fehlende Bereitschaft des Iran, mit der Internationalen Atomenergie-Organisation voll zusammenzuarbeiten. Alle Staaten wurden aufgefordert, den Verkauf oder die Lieferung von detailliert beschriebener Rüstungsmaterial an den Iran sowie den Zugang des Landes zum internationalen Finanzsystem zu unterbinden.

### **Schweizer wird nächster Präsident der UNO-Generalversammlung**

Joseph Deiss (Schweiz) wurde am 11. Juni von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Präsidenten ihrer nächsten Jahrestagung gewählt, die Mitte September beginnt. Er tritt die Nachfolge des Libyers Ali Treki an.

Der ehemalige Wirtschaftsprofessor war von 1999 – 2002 Außenminister der Schweiz. 2004 bekleidete er das Amt des Präsidenten der Schweizerischen Konföderation. Deiss hat sich maßgeblich für den viele Jahre umstrittenen Bei-

tritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen eingesetzt, der schließlich 2002 erfolgte.

### **Sicherheitsrat verlängert UNFICYP-Mandat**

Der Sicherheitsrat hat am 15. Juni das Einsatzmandat der UNO-Friedenstruppe in Zypern (UNFICYP) um weitere sechs Monate verlängert. 14 Ratsmitglieder stimmten für den Beschluss, die Türkei dagegen. Der Rat rief beide zypriotischen Volksgruppen auf, die neu gebotene Chance auf Verhandlungen zu nutzen. Ende Mai waren der neue Verhandlungsführer der türkischen Zyprioten Dervis Eroglu und der griechisch-zypriotische Verhandlungsführer Demetris Christofias erstmals wieder zu Gesprächen zusammen getroffen.

### **Personelles**

Am 4. Mai ernannte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon Desmond Parker (Trinidad und Tobago) zum neuen Protokollchef der Vereinten Nationen. Er folgt der Belgierin Alice Hecht, die im Vorjahr in den Ruhestand getreten war. Parker war seit 2007 bereits stellvertretender Protokollchef. Davor arbeitete er im Büro des Premierministers und des Außenministers seines Landes. Parker war auch in verschiedenen Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen in Haiti, Liberia und Nepal tätig und hat in der UNO-Hauptabteilung für friedenserhaltende Operationen gearbeitet.

Am 17. Mai berief Generalsekretär Ban Ki-moon Christiana Figueres (Costa Rica) in die Funktion der Exekutivsekretärin der UNO-Rahmenkonvention für Klimawandel (UNFCCC). Sie tritt die Nachfolge des Niederländers Yvo de Boer an, der in die Privatwirtschaft wechselt. Frau Figueres ist seit 1995 in den Klimaverhandlungen involviert. Sie gründete das Zentrum für nachhaltige Entwicklung in Lateinamerika (CSDA), ein Think-tank für Fragen der Klimapolitik und des Kapazitätsaufbaus, und war im Vorstand nichtstaatlicher Organisationen sehr eingehend mit Fragen des Klimawandels befasst. Die nächste UNO-Klimakonferenz wird Ende November/Anfang Dezember in Cancun (Mexiko) stattfinden.

Am 8. Juni gab Generalsekretär Ban Ki-moon die Ernennung von Youssef Mahmoud (Tunesien) als sein Sonderbeauftragter für die UNO-Mission in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad (MINURCAT) bekannt. Er folgt dem Portugiesen Victor da Silva Angelo in dieser Funktion.

Am 9. Juni ernannte Generalsekretär Ban Ki-moon Augustine P. Mahiga (Vereinigte Republik Tansania) zu seinem Sonderbeauftragten für Somalia und Leiter des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia (UNPOS). Mahiga löst in dieser Funktion den Mauretanier Ahmedou

Ould-Abdallah ab, der dieses Amt seit September 2007 bekleidet hatte.

## Österreich und die Vereinten Nationen

### EU und UNO: Starke Partner für Frieden und internationale Sicherheit

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie etwa die Lösung und Verhinderung von Konflikten, der Kampf gegen den Terror und das organisierte Verbrechen sowie die Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen seien vielfältig und zeigten, wie sehr die UNO auf starke Partner angewiesen sei, sagte Außenminister Spindelegger am 4. Mai in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates, bei der erstmals auf Initiative Österreichs die Hohe Repräsentantin Lady Catherine Ashton für die Europäische Union teilnahm.

Zur Sicherung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit brauche es mehr denn je eine enge und gut entwickelte Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der EU. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union leiste einen wesentlichen Beitrag bei der Konfliktprävention und bei der Konfliktlösung, so Spindelegger. Die EU engagiere sich heute bereits in 13 militärischen und zivilen Missionen und ist damit ein wesentlicher Partner im internationalen Krisenmanagement. Mit seinem Eintreten für den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten und die Stärkung der Rolle der Frauen in der Konfliktlösung vertrete Österreich als nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrates eine klassische EU-Position. (BMeiA, 4. Mai 2010)

### Friedenssicherung braucht globale Partnerschaften

Vor dem 40. Seminar des International Peace Institute mit hochrangigen Teilnehmern aus Politik, Diplomatie, Militär und Wissenschaft aus dem In- und Ausland wies Außenminister Spindelegger am 17. Mai darauf hin, dass die UNO in den letzten zehn Jahren ihre Maßnahmen zur Friedenssicherung stark ausweiten mussten. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, seien globale Partnerschaften für die Friedenssicherung erforderlich, die auch den Schutz der Zivilbevölkerung gewährleisten.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Truppenstellern sowie zwischen der UNO und den wichtigen regionalen Partnern im internationalen Krisenmanagement. Die reibungslose Zusammenarbeit und Koordination zwischen UNO-Sicherheitsrat, UNO-Sekretariat und den truppenstellenden Staaten seien Grundvoraussetzungen für den Erfolg und

die Glaubwürdigkeit von Friedensoperationen, so Spindelegger. (BMeiA, 17. Mai 2010)

### Wien soll Kompetenzzentrum für erneuerbare Energie werden

Bei der gemeinsam mit dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) und Vorsitzendem der Initiative "UN Energy", Kandeh Yumkella erfolgten Präsentation des UNO-Berichts "Energie für eine nachhaltige Zukunft", wies Außenminister Spindelegger am 19. Mai darauf hin, dass das derzeitige globale Energiesystem alles andere als nachhaltig sei. Die internationale Gemeinschaft müsse daher unverzüglich damit beginnen, das weltweite Energiesystem auf größere Nachhaltigkeit umzustellen. Wien als Standort wichtiger internationaler Energieorganisationen und Österreich mit seinem umfangreichen Know-How im Bereich erneuerbarer Energie könnten entscheidende Beiträge zu diesem Prozess leisten. Dieses Potenzial soll in enger Partnerschaft mit der UNIDO - dem UNO-Kompetenzzentrum bei der Förderung von erneuerbarer Energie - in Zukunft verstärkt genutzt werden.

Der Bericht wurde von der Beratergruppe für Energie und Klimafragen des UNO-Generalsekretärs Ban Ki-moon unter der Leitung von Generaldirektor Yumkella erarbeitet. Er fordert, bis zum Jahr 2030 allen Menschen Zugang zu erneuerbaren Energiequellen zu ermöglichen und gleichzeitig die weltweite Energieintensität um 40 Prozent zu senken. (BMeiA, 19. Mai 2010)

### Ermutigendes Ergebnis der NPT-Überprüfungskonferenz

Die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages (NPT) war ein Erfolg: Der Vertrag wurde als zentrales Instrument der globalen Sicherheitspolitik bestätigt und das Ziel einer atomwaffenfreien Welt erstmals von allen Vertragsstaaten bedingungslos anerkannt, so die positive Bewertung durch Außenminister Spindelegger. Als zentrale Ergebnisse nannte der Minister die Einigung über einen Prozess, der das Ziel einer nuklearfreien Zone im Nahen Osten anstrebt, und die Annahme eines Aktionsplans für nukleare Abrüstung, der auf einen österreichischen Entwurf zurückgeht.

Bei der NPT-Überprüfungskonferenz, die vom 3. - 28. Mai in New York stattfand, stellte Österreich mit Botschafter Alexander Marschik einen Vizepräsidenten und den Vorsitzenden im Unterkomitee zur Nuklearen Abrüstung und Non-Proliferation vor.

feration, der den ersten Entwurf des Aktionsplans für nukleare Abrüstung erarbeitete. Bei der Konferenz waren 189 Staaten vertreten.

Zur Eröffnung der Konferenz hatte Außenminister Spindelegger die Notwendigkeit eines strengeren Kontrollregimes für die Abrüstungsmaßnahmen angemahnt. Die dafür erforderliche bessere Vernetzung der Abrüstungsinstitutionen könnte durch ein von ihm vorgeschlagenes UNO-Verbindungsbüro zu Abrüstungsfragen in Wien erfolgen. Auch die Zivilgesellschaft sollte stärker in diesen Prozess eingebunden werden, sagte der Außenminister und unterstützte die Gründung eines Globalen Kompetenzzentrums zu nuklearer Abrüstung und Non-Proliferation in Wien. *(BMeiA, 4./29. Mai 2010)*

### **Österreich seit 50 Jahren verlässlicher Partner in der internationalen Friedensarbeit**

Anlässlich des Internationalen Tages der UNO-Friedenssoldaten bezeichnete Außenminister Spindelegger am 29. Mai die Friedenssicherungseinsätze als eine Kernaufgabe der Vereinten Nationen. Mit insgesamt 125.000 Personen seien heute mehr Soldaten, Polizisten und zivile Experten in UNO-Friedensmissionen im Einsatz als je zuvor. Spindelegger dankte besonders den rund 90.000 Österreicherinnen und Österreichern, die in den vergangenen 50 Jahren einen konkreten Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit geleistet haben, und gedachte auch jener, die im Einsatz für den Frieden und Sicherheit ihr Leben gelassen haben.

Österreich dürfe in seinem Engagements in UNO-Friedensmissionen nicht nachlassen und müsse sich auch weiterhin an internationalen Friedensmissionen beteiligen und einen solidarischen Beitrag zu Frieden, Stabilität und Sicherheit in der Welt leisten, so Spindelegger. *(BMeiA, 29. Mai 2010)*

### **Erfolg Österreichs zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit im UNO-Sicherheitsrat**

Mit der Ernennung der kanadischen Richterin Kimberly Prost zur ersten Ombudsfrau für die Al-Kaida/Taliban-Terrorliste durch UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon wurde eine wesentliche Initiative Österreichs im UNO-Sicherheitsrat zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in die Tat umgesetzt, erklärte Außenminister Spindelegger am 8. Juni. Damit wurde eine Lücke im internationalen Rechtsschutz geschlossen, denn bisher hatten Personen, die auf der UNO-Terrorliste stehen, keine Möglichkeit, Einspruch bei einer unabhängigen Instanz zu erheben. Dies widerspricht allgemein anerkannten Rechtsstandards und Verfahrensgarantien. Österreich hat sich im Sicherheitsrat massiv dafür eingesetzt, dass mit der Einsetzung einer Ombudsperson eine unabhängige

und unparteiliche Stelle geschaffen wird, an die sich alle wenden können, die sich zu Unrecht auf der Liste geführt sehen.

Mit der Kanadierin Kimberly Prost übernimmt eine erfahrene Juristin erstmals den Posten der Ombudsperson. Prost war in den vergangenen vier Jahren als Richterin am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag tätig. Zuvor war sie Chefjuristin beim UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) in Wien. *(BMeiA, 8. Juni 2010)*

### **Österreich stimmt im Sicherheitsrat für schärfere Sanktionen gegen Iran**

Österreich hat am 9. Juni im Sicherheitsrat für eine Verschärfung der Sanktionen gegen den Iran gestimmt. Die Entscheidung des Rates sei ein Weckruf an das Regime, endlich den geforderten Kurswechsel im Nukleardossier vorzunehmen, erklärte Außenminister Spindelegger nach der Annahme der Resolution 1929. Trotz jahrelanger diplomatischer Bemühungen sei die iranische Führung nicht ernsthaft auf den Vorschlag einer Verhandlungslösung eingegangen. Vielmehr habe der Iran durch die Fortsetzung der Urananreicherung und den Bau einer geheimen Nuklearanlage in Ghom die Sorgen der internationalen Gemeinschaft eher bestätigt als zerstreut. Diese Politik der fortgesetzten Missachtung internationaler Verpflichtungen habe zu weiteren Sanktionen geführt, sagte Spindelegger.

Es wurden Sanktionen beschlossen, die es dem Iran wesentlich schwerer machen sollen, ein militärisches Nuklearprogramm zu verfolgen. Diesem Ziel dienen etwa das Verbot der Ein- und Ausfuhr relevanter Technologien sowie verschärfte Kontrollen verdächtiger Schiffstransporte. Die Resolution enthält auch neue Namen von Personen, die in das iranische Nuklearprogramm involviert sind und deren Reisen ins Ausland untersagt und deren Vermögen auf Auslandskonten eingefroren wurden. Wichtig sei, dass diese Sanktionen nur gegen das Regime und nicht gegen die Bevölkerung gerichtet seien. *(BMeiA, 9. Juni 2010)*

### **Österreich präsentiert Kandidatur zum UNO-Menschenrechtsrat in Genf**

Das klare Bekenntnis zur wirksameren Umsetzung der Menschenrechte stehe im Mittelpunkt der österreichischen Kandidatur zum Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Österreich will als Mitglied und Partner des Rates zur weltweiten Stärkung der Menschenrechte beitragen, erklärte Außenminister Spindelegger am 22. Juni anlässlich der Präsentation der österreichischen Kandidatur durch den österreichischen UNO-Botschafter in Genf, Christian Strohal. Österreich will sich im Rat besonders für die Stärkung der Rechts-

staatlichkeit und der Rechte von Frauen, Kindern und Menschen mit Behinderung einsetzen. (BMeiA, 22. Juni 2010)

### **Österreich tritt im Sicherheitsrat für die Rechtsstaatlichkeit ein**

Wenn das internationale humanitäre Recht von Konfliktparteien ignoriert und die Bevölkerung zum Freiwild wird, wenn Kriegsverbrecher straffrei ausgehen und damit dauerhafte Versöhnung unmöglich wird, wenn es keine unabhängige und faire Gerichtsbarkeit gibt, dann wird deutlich, wie entscheidend die Einhaltung des Rechts ist, um Sicherheit und Frieden für die Menschen zu gewährleisten, erklärte Außenminister Spindelegger

anlässlich der am 29. Juni in New York stattfindenden Debatte im UNO-Sicherheitsrat zum Thema „Herrschaft des Rechts“. Der Rat nahm dazu einstimmig eine Erklärung an, an der Österreich in enger Zusammenarbeit mit dem derzeitigen Vorsitzland Mexiko wesentlich mitgewirkt hat. Der Schutz von Zivilisten, die Bekämpfung der Straflosigkeit, die Bedeutung des Internationalen Strafgerichtshofs sowie die Verbesserung des Rechtsschutzes bei der Erstellung der UNO-Terrorliste – all diese österreichischen Anliegen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit konnten in der Erklärung verankert werden, betonte Spindelegger. (BMeiA, 29. Juni 2010)

## EU/Multilaterales

### **EU-Lateinamerika-Gipfel in Madrid**

Bei dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU, Lateinamerika und Karibik in Madrid verwies Außenminister Spindelegger am 18. Mai auf die steigende ökonomische Bedeutung der Kooperation zwischen der EU mit Lateinamerika und der Karibik. Der lateinamerikanische und karibische Raum habe nicht nur die globale Finanzkrise vergleichsweise unbeschadet überstanden, durch Brasilien, Argentinien und Mexiko sei er auch prominent in der Gruppe der G20 vertreten. Die globale Krise und die verheerenden Naturkatastrophen, von denen Lateinamerika und die Karibik in jüngster Zeit betroffenen waren, hätten gezeigt, wie leicht unser System verwundbar sei. Schwerpunkte der Gespräche bildeten die internationale Finanzkrise sowie gemeinsame Maßnahmen gegen den Klimawandel, sagte der Außenminister. (BMeiA, 18. Mai 2010)

### **Unterzeichnung des Amtssitzabkommens für die Europäische Grundrechteagentur**

Als Nachfolgerin der seit 2000 in Wien beheimateten Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nahm die EU-Grundrechteagentur am 1. März 2007 ihre Arbeit am Wiener Schwarzenbergplatz auf. Sie ist die zentrale Ansprechstelle für alle EU-Institutionen im Menschenrechtsbereich und soll durch Beratung und Hilfestellung die Einhaltung der Grundrechte innerhalb der EU bei der Ausarbeitung und Umsetzung von EU-Recht gewährleisten.

Am 16. Juni unterzeichneten Außenminister Spindelegger und der Direktor der Grundrechteagentur, Morten Kjaerum das offizielle Amtssitzabkommen der Agentur. Spindelegger betonte dass die Errichtung der EU-Grundrechteagentur ein langjähriges österreichisches Anliegen gewesen sei. Sie schließe nicht nur eine Lücke im

System des Menschenrechtsschutzes in Europa, sondern erhöhe auch die Sichtbarkeit der EU als Union der Werte, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Die Agentur gebe wichtige Impulse für die europäische Menschenrechtspolitik, insbesondere im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, und leiste damit wichtige Beiträge für die Entwicklung einer toleranten und respektvollen Gesellschaft, die die Vielfalt Europas als Bereicherung sieht, erklärte der Außenminister. (BMeiA, 16. Juni 2010)

### **Für eine zügige Umsetzung der EU-Donauraumstrategie**

Um jederzeit mit den Wettbewerbsstärksten der Welt mithalten und unseren hohen Lebensstandard langfristig sichern zu können, bedarf es eines genauen strategischen Konzeptes. Der Donauraum nehme dabei eine zentrale Schlüsselstelle ein, sagte Außenminister Spindelegger am 26. Juni anlässlich der Eröffnung des 15. Europa-Forums Wachau, an der auch die Außenminister Kroatiens, Gordan Jandrokovic, und der Slowakei, Miroslav Lajcak, sowie der für die Regionalpolitik zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll teilnahmen.

Spindelegger erinnerte daran, dass rund 30 Prozent der österreichischen Exporte allein in den Donauraum gingen. Österreich müsse sich dort als exportorientiertes, offenes Land einbringen. Der Außenminister sprach sich in diesem Zusammenhang für einen weiteren Internationalisierungsschub der heimischen Wirtschaft aus. In Europa könne sich trotz Krise der Donauraum als Wachstumszone mit enormem Potenzial erweisen, der sich von Bayern über Österreich, die Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Kroatien bis nach Rumänien und Bulgarien spanne.

Inhaltliche Schwerpunkte der Donaunraumstrategie werden die verstärkte Vernetzung in den Bereichen Transport und Energie und die Förderung sozio-ökonomischer Entwicklungen und Umwelt sein. Als konkretes Ziel der Strategie nannte der Außenminister die verstärkte Nutzung der Donau als längste Wasserstraße Europas. Österreichs Engagement dürfe aber nicht an der Donaumündung enden. Der angrenzende Schwarzmeerraum sowie der Kaukasus seien wichtige Regionen mit großer Kraft und hohem Wachstum. Österreich müsse die Chancen in dieser politischen, energiepolitischen und wirtschaftlichen Zukunftsregion nutzen. (APA, 26. Juni 2010)

reichs Engagement dürfe aber nicht an der Donaumündung enden. Der angrenzende Schwarzmeerraum sowie der Kaukasus seien wichtige Regionen mit großer Kraft und hohem Wachstum. Österreich müsse die Chancen in dieser politischen, energiepolitischen und wirtschaftlichen Zukunftsregion nutzen. (APA, 26. Juni 2010)

## Bilaterales

### Verurteilung der gewaltsamen Übergriffe auf den Gaza-Hilfskonvoi

Er sei bestürzt über die blutige Eskalation der Ereignisse an Bord des Hauptschiffs der ‚Solidaritätsflotte‘ für Gaza. Ein solches Blutvergießen sei schockierend und er erwarte eine rasche und lückenlose Aufklärung, erklärte Außenminister Spindelegger am 31. Mai in Reaktion auf die Erstürmung des Schiffskonvois durch israelische Militäreinheiten.

Spindelegger appellierte an die israelische Regierung, Zurückhaltung zu üben und alles zu tun, damit es zu keinen weiteren gewaltsamen Zwischenfällen kommt: Israel müsse die kontraproduktive Absperrungspolitik gegenüber dem Gazastreifen beenden, so wie dies bereits nachdrücklich und wiederholt vom UNO-Sicherheitsrat und von der Europäischen Union gefordert worden sei. (BMeiA, 31. Mai 2010)

Bundeskanzler Werner Faymann mahnte angesichts der jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten die Weiterverfolgung des Friedensprozesses ein. Daneben sei eine umfassende Untersuchung und lückenlose Aufklärung der Vorfälle dringend notwendig. Die Lage in der Region sei aufgrund der Vorfälle äußerst ernst. Allen Konfliktparteien müsse jetzt daran gelegen sein, die Situation wieder zu deeskalieren, so Faymann. (BKA, 31. Mai 2010)

Auch Bundespräsident Dr. Heinz Fischer zeigte sich schockiert über die Erstürmung der "Solidaritätsflotte" für Gaza und unterstützte nachdrücklich die vom UNO-Sicherheitsrat angenommene Erklärung. Der tragische Vorfall belege die Dringlichkeit einer umfassenden Lösung für die offenen Probleme der Nah-Ostregion, sagte der Bundespräsident und betonte, die jüngste Aktion der israelischen Sicherheitskräfte habe den Friedensbemühungen im Nahen Osten zweifellos Schaden zugefügt. (BPK, 1. Juni 2010),

### Außenminister beim Westbalkan-Gipfel in Sarajewo

Anlässlich der Außenminister-Konferenz, die alle EU- und Westbalkan-Staaten Anfang Juni in

Sarajewo zusammenbrachte, wies Außenminister Spindelegger am 2. Juni darauf hin, dass dieser Gipfel eine klare Absage an die 'Balkanmüdigkeit' sei. Die deutliche Bekräftigung der europäischen Perspektive für jeden einzelnen Staat am Balkan sei ein Ermutigungszeichen. Österreich bleibe Anwalt und Fürsprecher für seine Partner am Balkan und habe mit dem Wiener Expertenseminar am 12. Mai einen konkreten Beitrag zur Vorbereitung der Konferenz geliefert, so Spindelegger.

Die Wirtschaftslage dürfe keine Ausrede für eine Verlangsamung des Integrationsprozesses sein. Eine "Warteraum-Politik" gegenüber dem Westbalkan würde als Reformbremse wirken. Die negativen Auswirkungen für Wirtschaft, Stabilität und Sicherheit wären auch für Österreich unmittelbar spürbar, sagte der Minister. Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft sei eines der wirkungsvollsten Stabilisierungsinstrumente auf dem Balkan. Das Ergebnis der Westbalkan-Konferenz sei allerdings kein "Freibrief". Alle potenziellen Beitrittskandidaten seien unmissverständlich aufgefordert worden, ihr Reformtempo zu erhöhen und ihren Europakurs konsequent einzuhalten. (BMeiA, 2. Juni 2010)

### Mazedonien muss EU-Reformweg konsequent weitergehen

Die letzten Monate hätten klar gezeigt, dass Mazedonien auf dem richtigen Weg sei. Wichtige Etappen im EU-Annäherungsprozess konnten abgeschlossen werden, wie etwa die Aufhebung der EU-Visumpflicht für die Bürger Mazedoniens, die Justizreform und die Erfüllung der Verpflichtungen des Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens, sagte Außenminister Spindelegger nach seinem Treffen mit dem mazedonischen Außenminister Antonio Milososki am 9. Juni in Wien. Weitere Reformanstrengungen bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität dürften nicht nachlassen. Der Namensstreit mit Griechenland dürfe der EU-Annäherung Mazedoniens nicht im Weg stehen. Beide Staaten müssten den politischen Willen aufbringen, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. (BMeiA, 9. Juni 2010)

### **Außenminister trifft iranische Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi**

Der unermüdliche Kampf Shirin Ebadis für die Menschen-, Frauen und Kinderrechte im Iran sei beeindruckend und verdiene nachhaltige Unterstützung. Es bedarf solcher Persönlichkeiten, die trotz massiver Bedrohung unerschrocken für ihre Überzeugungen eintreten, sagte Außenminister Spindelegger am 15. Juni nach einem Gespräch mit der iranischen Friedensnobelpreisträgerin. Der iranischen Anwältin und Menschenrechtsaktivistin wurde für ihre Bemühungen um Demokratie und Menschenrechte in ihrer Heimat der Felix Ermacora Menschenrechtspreis im Parlament in Wien verliehen. Am Nachmittag hielt sie auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen einen vielbeachteten Vortrag in der Aula der Wissenschaften. *(BMeiA, 15. Juni 2010)*

### **Brasiliens Außenminister fordert Reform des UN-Sicherheitsrats**

Brasiliens Außenminister Celso Amorim hält eine Reform des UN-Sicherheitsrats für überfällig. "Der Sicherheitsrat entspricht nicht mehr der politischen Realität", kritisierte Amorim bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit seinem Amtskollegen Michael Spindelegger am 21. Juni in Wien. Wie Österreich ist Brasilien derzeit als nicht-ständiges Mitglied in dem höchsten UN-Entscheidungsgremium vertreten. Der Rat müsse auf die aktuelle Weltlage abgestimmt werden, sagte Amorim, und verwies auf die G-20 - die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer - in der auch Staaten wie Brasilien, Indien oder Südafrika vertreten seien.

Amorim erinnerte auch an die Anfang Juni beschlossenen neuen Atom-Sanktionen gegen den Iran, die von Brasilien und der Türkei abgelehnt worden waren. Die von Brasilien und der Türkei mit dem Iran unmittelbar vor Verhängung der Sanktionen ausgehandelte "Deklaration von Teheran" sei nie wirklich in Betracht gezogen worden. Sie sei nach wie vor "auf dem Tisch".

Außenminister Spindelegger verwies darauf, dass seine Lateinamerika-Reise Ende Mai den Auftakt zu einer interessanten Partnerschaft mit Brasilien gebracht habe. *(APA, 21. Juni 2010)*

### **Bundeskanzler Faymann zieht positive Bilanz seiner Israel-Reise**

Bundeskanzler Faymann hat am 25. Juni eine positive Bilanz seiner zweitägigen Reise nach Jerusalem, Tel Aviv und auf die Westbank gezogen, in deren Verlauf er mit Präsident Shimon Peres, Präsident Mahmud Abbas, Premier

Benjamin Netanjahu, Premier Salam Fajad, Außenminister Avigdor Lieberman, Minister Itzak Herzog sowie der Oppositionschefin Tzipi Livni zusammengetroffen war. Allen Gesprächspartnern habe er die Position Österreichs und der EU näher bringen können, betonte der Bundeskanzler. Wichtig sei ihm gewesen, dass sowohl der israelischen Seite wie auch den Palästinensern deutlich gemacht worden sei, dass Europa an einer friedlichen Lösung in Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung interessiert sei, und dass die Menschenrechte unteilbar sind. Faymann unterstrich in seinen Gesprächen, er verstehe sowohl die Sicherheitsbedenken Israels wie auch die humanitäre Situation der Bewohner des Gaza-Streifens. *(BKA, 25. Juni 2010)*

### **Neue Botschaft in Baku eröffnet**

Im Dienste einer neuen Strategie der Regierung für ein stärkeres Engagement der österreichischen Wirtschaft in der Schwarzmeer- und Kaukasus-Region führte Außenminister Spindelegger Ende Juni eine Reise nach Aserbaidschan, Georgien und Armenien durch. In der aserbaidchanischen Hauptstadt Baku eröffnete Österreich am 23. Juni eine neue Botschaft.

Die Region gewinne als Schnittstelle zwischen Europa, dem Mittleren Osten, Asien und Russland politisch und wirtschaftlich zunehmend an Bedeutung und sei mit der letzten EU-Erweiterung zu einer Nachbarregion der Europäischen Union geworden. Stabilität und Sicherheit in der Region stünden daher in unserem Interesse. Gerade in der Wirtschaftskrise könne die Region ein besonderer Wachstumspol sein, betonte Spindelegger. Eine neue Österreich-Bibliothek soll die Zusammenarbeit im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich verstärken. *(BMeiA, 23. Juni 2010)*

### **Thailändischer Außenminister besucht Wien**

Thailand ist für Österreich politisch und wirtschaftlich einer der wichtigsten Partner in Südostasien und ein spannender Exportmarkt, sagte Außenminister Spindelegger am 26. Juni nach einem Gespräch mit seinem thailändischen Amtskollegen Kasit Piromya in Wien. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen der bilateralen Beziehungen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Zusammenarbeit der Universitäten. Der Außenminister erkundigte sich auch über die Fortschritte der Integration des Verbundes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) mit derzeit zehn Mitgliedstaaten und rund 575 Millionen Menschen. Die EU ist die wichtigste Exportdestination der ASEAN-Staaten und am Abschluss eines biregionalen Freihandelsabkommens mit dem Verbund interessiert.

Außenminister Kasit Piromya informierte über die jüngsten innenpolitischen Entwicklungen in

Thailand und den 5-Punkte Plan der Regierung zur Nationalen Versöhnung. Spindelegger sprach die Hoffnung aus, dass die inneren Spannungen Thailands durch einen konstruktiven politischen

Dialog unter Einbeziehung aller Beteiligten gelöst werden können. (BMeiA, 26. Juni 2010)

## Aus der Arbeit der WFUNA

### Europäische Regionaltagung der WFUNA

Die europäischen Mitglieder des Weltverbandes der Gesellschaften für die Vereinten Nationen (WFUNA) trafen am 10./11. Juni zu einer Regionaltagung in Genf zusammen. An dem Treffen im Palais des Nations, dem Genfer Amtssitz der Vereinten Nationen, nahmen insgesamt 28 Vertreter der UNO-Gesellschaften aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Israel, Italien, Luxemburg, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Rumänien, Schweden, Schweiz, Ungarn und Zypern teil, sowie der Generalsekretär der WFUNA, Bonian Golmohammadi, und die Direktorin des Genfer WFUNA-Büros, Irene Martinetti. Die Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (UNA-Austria) war durch ÖGAVN-Vorstandsmitglied Dr. Axel Wüstenhagen und den stellvertretenden Vorsitzenden des Akademischen Forums für Außenpolitik - Wien, Michael Klampfl, vertreten.

Auf dem Programm standen Informationsvorträge, interne Programmberatungen und ein kurzer Besuch der 14. Tagung des UNO-Menschenrechtsrates (Iran-Bericht). Der Präsident des UNO-Menschenrechtsrates, Botschafter Alex Van Meeuwen (Belgien) gab einen Empfang für die Tagungsteilnehmer in seiner Residenz.

Die Programmdiskussion befasste sich mit der weiteren Entwicklung des europäischen UNA-Netzwerkes, das zweimal jährlich Treffen in Genf und in Brüssel abhält. Ab dem kommenden Jahr soll auch die Möglichkeit der Abhaltung solcher Treffen am UNO-Sitz in Wien geprüft werden.

Generalsekretär Bonian Golmohammadi stellte fünf Schwerpunktprojekte der WFUNA vor: Das Projekt *„Zivilgesellschaft im Einsatz für die Menschenrechte“* bietet Ausbildungsprogramme für nationale UNAs zur Stärkung des Bewusstseins für Menschenrechtsfragen. Das Projekt *„Weitere Fortschritte gegen den Klimawandel“* will durch Aufklärung von Konsumenten und der Zivilgesellschaft und Einbindung von Unternehmen zu einer Veränderung des Konsumverhaltens und einem verantwortlichen und klimafreundlichen Lebensstil beitragen. Das Projekt *„Schutzverantwortung und die Mobilisierung des öffentlichen und politischen Willens“* soll das öffentliche Bewusstsein für das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) stärken und ein breiteres Engagement der Zivilgesellschaft gegen Völkermord und Menschenrechtsverletzungen fördern. Das Projekt *„Beitrag der Jugend zur Entwicklung in Afrika“* will auf den unbefriedigenden Stand der Umsetzung der MDGs aufmerksam machen und Jugendliche für die Übernahme von Führungsaufgaben zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen ausbilden. In dem Projekt *„Ausbildungskurse für zivilgesellschaftliche Organisationen bei den Vereinten Nationen“* sollen Organisationen der Zivilgesellschaft (ZGOs), die wichtige Partner der Vereinten Nationen bei einer Vielzahl von humanitären, Friedensbildungs- und Entwicklungsprogrammen sind, eingehendere Kenntnisse über UNO-Institutionen und den Ablauf ihrer Verfahren erhalten.

Besonderen Raum nahm die Debatte über die WFUNA-Jugend ein. Im April hatte das Exekutivkomitee der WFUNA nach langwierigen Gesprächen beschlossen, „sein Engagement mit der ‚WFUNA-Jugend‘ in ihrer derzeitigen Form einzustellen und das ‚Koordinationskomitee der WFUNA-Jugend‘ aufzulösen“. Der Beschluss führte in einer Reihe von UNAs und deren Jugendorganisationen (auch in Österreich) zu heftigen kritischen Reaktionen, die diese Maßnahme als ungerechtfertigt verurteilten und beklagten, dass der Beschluss keinen zwingenden Grund anführte und ohne vorangehende Konsultation einer breiteren Mehrheit der WFUNA-Mitglieder gefasst wurde. Im Kern ging es um die Frage des Ausmaßes der Unabhängigkeit der Jugendorganisationen. UNA-Austria brachte diese Frage auf die Tagesordnung in Genf und argumentierte, dass die Frage der Unabhängigkeit der Jugendorganisationen den einzelnen UNAs überlassen müsse. Auch sollte man nicht gerade zu Beginn des „Internationalen Jahres der Jugend 2010 die eigene Jugendorganisation ausschließen. Die Tür zu weiteren Gesprächen müsse offen bleiben. Das Exekutivkomitee wurde ersucht, die Frage nochmals zu überdenken.

Das Treffen bot auch Gelegenheit zu vielen bilateralen Kontakten mit anderen UNAs. Ungarn zeigte sich interessiert an einer gemeinsamen Veranstaltung zum Thema „Donauraum-Strategie“. Sowohl die deutsche als auch die Schweizerische UNA waren an gemeinsamen Projekten ebenso interessiert wie die israelische UNA und die UNA Georgiens.

Bei einem Treffen mit dem Ständigen Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen in Genf, Botschafter Christian Strohal, wurden die österreichischen Initiativen bei der Regionaltagung erörtert. Bot-

schafter Strohal bot seine Hilfe bei der Herstellung von Kontakten in Genf zu führenden UN- und internationalen Persönlichkeiten (WTO, Abrüstungs- und Menschenrechtsbereich) an, die für einen Vortrag oder ein Gespräch im Internationalen Club der ÖGAVN gewonnen werden könnten. (aw)

## UN-Kalender (Juli – August 2010)

### Tagungen und Konferenzen

- 5. – 23. 7.2010 Völkerrechtsseminar (Genf)
- 5.7. – 6.8.2010 Völkerrechtskommission (Genf)
- 12. – 23.7.2010 Vorbereitungsausschuss für die Konferenz der Vereinten Nationen über einen Waffenhandelsvertrag (New York)
- 3. – 28.5.2010 Überprüfungskonferenz der Vertragsstaaten des Atomwaffensperrvertrages, (New York)
- 12. – 30.7.2010 Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (New York)
- 12. – 30.7.2010 Menschenrechtsausschuss (Genf)
- 2. – 27.8.2010 Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (Genf)
- 2. – 27.8.2010 Kommission für die Begrenzung des Kontinentalsockels (New York)
- 9.8. – 24.9.2010 Abrüstungskonferenz (3. Teil), (Genf)

### Internationale Tage

- 1. Samstag  
im Juli Internationaler Tag der Genossenschaften
- 11.7.2010 Weltbevölkerungstag
- 18.7.2010 Internationaler Nelson-Mandela-Tag
- 9.8.2010 Internationaler Tag der indigenen Bevölkerungsgruppen der Welt
- 12.8.09 Internationaler Tag der Jugend (und Beginn des Internationalen Jahres der Jugend:  
Dialog und gegenseitiges Verständnis
- 19.8.2010 Welttag der humanitären Hilfe
- 23.8.2010 Internationaler Tag des Gedenkens an den Sklavenhandel und seine Abschaffung
- 29.8.2010 Internationaler Tag gegen Atomversuche

---

Offenlegung gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz: Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, (ZVR 469512554). Präsident: Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel. Für den Inhalt verantwortlicher Redakteur: Dr. Axel Wüstenhagen. Büro: 1010 Wien, Hofburg/Stallburg, Reitschulgasse 2, Tel.: +43/1/535 46 27. E-Mail: office@oegavn.org. Grundlegende Richtung: Der Newsletter informiert über Aktivitäten und Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen sowie ihres internationalen Dachverbandes, der World Federation of United Nations Associations (WFUNA). Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe: 30. Juni 2010.